

In Nairobi beginnt heute eine Konferenz der globalen Kampagne »Waffen unter Kontrolle«

Aktion in 60 Ländern

Waffen unter Kontrolle – unter diesem Motto haben Amnesty International, Oxfam und das »Internationale Aktionsnetzwerk zu Kleinwaffen« (IANSA) im Oktober 2003 in 60 Ländern eine Kampagne gegen unkontrollierten Waffenhandel gestartet. Die Aktion »1 Million Gesichter« ist Teil davon. Bis zur nächsten UNO-Kleinwaffenkonferenz im Jahr 2006 soll insgesamt eine Million Porträtfotos von Menschen aus aller Welt zusammengetragen werden, um auf diese Weise gegen die weltweite Waffenkrise zu protestieren.

Ziel sind die Kontrolle und Transparenz aller Rüstungstransfers durch ein rechtlich verbindliches internationales Abkommen. Ein solches Abkommen soll einheitliche Standards für den Waffenhandel schaffen und alle Exporte verbieten, die zur Verletzung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts beitragen.

Waffen unter Kontrolle

Spätestens 2006 soll dieser Pakt durch die Vereinten Nationen verabschiedet werden. Gegenwärtig werden die Bestimmungen für den Export von Waffen in jedem einzelnen Land unterschiedlich geregelt.

Proteste gibt es auch gegen die deutsche Rüstungsexportpraxis. Hier zu Lande sind die gesetzlichen Grundlagen im Kriegswaffenkontrollgesetz sowie im Außenwirtschaftsgesetz verankert. Obwohl die Bundesregierung nach eigenen Angaben eine zurückhaltende Rüstungsexportpolitik verfolgt, ist Deutschland einer der weltweit größten Rüstungsexportureure. Genehmigt wurden immer wieder auch Exporte an Staaten, in denen Menschenrechtsverletzungen begangen wurden und werden – etwa an die Türkei und Nepal.

Wie erfolgreich eine weltweite Kampagne gegen Waffen sein kann, hat die »Internationale Kampagne gegen Landminen« gezeigt. Erst 1992 gegründet, erreichte die Aktion bereits 1997 ihr wichtigstes Ziel: In Ottawa wurde die Konvention gegen Antipersonenminen, die den Handel mit Minen untersagt, von 122 Staaten unterzeichnet. S.M.

Im Internet: www.controlarms.org

Nachschub für Asiens vergessene Kriege

Im Nordosten Indiens starben seit der Unabhängigkeit Tausende durch Waffengewalt

Von Stefan Mentschel

In Nairobi treffen sich ab heute Vertreter der Kampagne »Waffen unter Kontrolle« zu einer dreitägigen Konferenz. Auf der Tagesordnung stehen Strategien gegen die Verbreitung von Gewehren, tragbaren Raketenwerfern und dazugehöriger Munition, durch die jährlich Hunderttausende sterben – auch im indischen Nordosten.

Den Behörden in Bangladesch gelang vor einem Jahr ein Aufsehen erregender Schlag gegen den internationalen Waffenhandel. Im Hafen von Chittagong wurden Waffen im Wert von sieben Millionen US-Dollar beschlagnahmt. Die Lieferung umfasste 2000 Maschinengewehre, 150 Raketenwerfer, 25 000 Handgranaten sowie zwei Millionen Schuss Munition. Bestimmt war das gewaltige Arsenal für eine Konfliktregion, von der die Welt kaum etwas weiß – Indiens Nordosten.

Eingeklemmt zwischen Bhutan, der Volksrepublik China, Myanmar und Bangladesch leben mehr als 200 Volksgruppen und Ethnien in dieser Region, die seit dem Ende der Kolonialzeit zur Indischen Union gehört. Ab 1947 entstanden nach und nach sieben Unionsstaaten – Assam, Meghalaya, Tripura, Mizoram, Arunachal Pradesh, Nagaland und Manipur. Liebevoll werden sie die »Sieben Schwestern« genannt. Doch »Mutter Indien«, so sagen viele, meint es nicht gut mit ihren Töchtern. Schon im Unabhängigkeitsjahr griffen in den Bergen Nagalands die ersten Gruppen zu den Waffen, um gegen die neuen »Besitzer« zu kämpfen. In Manipur, das seit 1949 zu Indien gehört, wehren sich seit den 50er Jahren Einheimische gegen den – aus ihrer Sicht – erzwungenen Anschluss des kleinen Landes, das auf eine 2000 Jahre alte Kultur- und Zivilisationsgeschichte zurückblicken kann.

Heute zählen Experten über 70 bewaffnete Gruppen im Nordosten, der gerade einmal 3,6 Prozent von Indiens Milliardenbevölkerung beheimatet. Die Beweggründe der Rebellen sind zum Teil sehr unterschiedlich. In Manipur treten militante Gruppen nach wie vor für die Unabhängigkeit ein. In Mizoram und Tripura gibt es Gruppen, die



Eine von über 70 Rebellen Gruppen: Schwer bewaffnete Mitglieder der Manipur People's Liberation Front (MPLF) im Grenzgebiet zwischen Indiens Nordosten und Myanmar

Foto: Ratan Luwangcha ND-Karte: W. Wegener

mit Gewalt einen Einwanderungsstopp für Flüchtlinge und deren Ausweisung durchsetzen wollen. Seit der Teilung des Subkontinents kamen mehr als zwei Millionen Menschen aus Bangladesch (bis 1971 Ostpakistan) nach Indien, was im Nordosten zu sozialen Spannungen geführt hat. Zudem kämpfen im Westen Assams Volksgruppen für mehr Autonomie. Aber es gibt auch Organisationen, die jede Ideologie über Bord geworfen und sich auf Drogenhandel oder Schutzgeld-Erpressung spezialisiert haben.

»In keiner anderen Region der Welt gibt es so viele Rebellen Gruppen«, erläutert Binalakshmi Nepram. »Und alle benötigen Waffen zur Durchsetzung ihrer Ziele.« Die aus Manipur stammende Autorin und Menschenrechtlerin hat die Routen der Kuriere untersucht. Ihren Nachforschungen zufolge stammte ein Großteil des im April 2004 beschlagnahmten Arsenals aus China. Per Schiff wurde die Ladung von Hongkong nach Singapur transportiert, wo weitere Waffen – vor allem aus Israel und den USA –



an Bord kamen. Dann ging es durch die Straße von Malakka vor die Küste Myanmars. Dort sei die Ladung auf kleinere Schiffe verteilt worden, die sie nach Chittagong brachten. Auf dem Landweg, durch das unwegsames Grenzgebiet zwischen Bangladesch und Indien, sollten sie an ihre Ziele in der Konfliktregion geschmuggelt werden. »Das ist aber nur eine Route«, betont Binalakshmi Nepram, die insgesamt 13 Handelswege identifizieren konnte.

Die indischen Sicherheitskräfte scheinen machtlos gegen die

Schmuggler zu sein. Doch da der zerbrechliche Nordosten von enormer strategischer Bedeutung ist, versucht die Zentralregierung alles, um die territoriale Integrität Indiens zu verteidigen. Der Preis ist hoch. 40 000 Soldaten und Paramilitärs hat Delhi in der Region stationiert. 10 000 Menschen fielen der Gewalt bislang zum Opfer. Hinzu kommt, dass die Operationen von massiven Menschenrechtsverletzungen begleitet werden, denn beide Seiten nehmen nur wenig Rücksicht auf die Zivilbevölkerung.

»Seit einem halben Jahrhundert heizen Kleinwaffen aus aller Welt die Konflikte im Nordosten an«, sagt Binalakshmi Nepram. »Ganze Generationen sind mit der alltäglichen Gewalt aufgewachsen.« Doch so paradox es klingt, genau darin liegt Neprams Hoffnung. Viele Menschen seien des Konflikts müde, weiß sie. Und die Stimmen aus der Zivilgesellschaft, die ein Ende der Gewalt fordern, würden lauter. Bis zu einer endgültigen Lösung kann es allerdings noch Jahre dauern.

Zahlen und Fakten

Eine halbe Million Menschen wird in jedem Jahr weltweit durch den Einsatz von Schusswaffen getötet. Das ist ein Mensch pro Minute. Die Mehrzahl stirbt in bewaffneten Konflikten und Kriegen, die noch immer in über 30 Ländern toben.

21 Milliarden US-Dollar beträgt nach Angaben von Amnesty International der Wert genehmigter Waffenexporte pro Jahr. 639 Millionen Kleinwaffen – das sind Waffen, die von einer Person bedient werden – sind weltweit im Umlauf. Sie können einfach unterhalten, transportiert und versteckt werden.

1200 Firmen in 90 Ländern stellen sie her. Jedes Jahr werden 8 Millionen Kleinwaffen und 16 Milliarden Munitionseinheiten produziert – das sind mehr als zwei Geschosse für jeden Erdenbewohner. Pro Minute wird auf der Welt ein Mensch erschossen. Im gleichen Zeitraum werden 15 neue Waffen hergestellt.

Gewehre, Pistolen oder tragbare Raketenwerfer sowie die dazu gehörende Munition sind heute fast überall erhältlich – wenn nicht auf legalem Wege, dann über dunkle Kanäle, teilweise zu äußerst niedrigen Preisen. In Uganda kostet etwa eine AK-47 (»Kalaschnikow«) so viel wie ein Huhn. In Mosambik oder Angola bekommt man die selbe Waffe mit Munition für weniger als 15 US-Dollar.

Tausende werden jedes Jahr durch Kleinwaffen getötet oder verletzt, deren Herkunft unklar ist. Gleichzeitig haben Millionen Menschen keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung, weil Gelder für Waffen ausgegeben werden. »Es ist an der Zeit, dass die Staatengemeinschaft diejenigen identifiziert und vor Gericht bringt, die hinter dem todbringenden Geschäft stehen«, forderte unlängst Irene Khan, Generalsekretärin von Amnesty International. Dabei könnte ein weltweit nachvollziehbares Registrierungssystem helfen, den Missbrauch von Kleinwaffen einzudämmen. Es würde ermöglichen, Händler zu identifizieren, die ein Waffenembargo umgehen. S.M.

Seit einhundert Tagen in Geiselhaft

Internationale Solidaritätskampagne für die in Irak verschleppten Journalisten

Von Karin Leukefeld

Am heutigen Freitag sind die Journalistin Florence Aubenas und ihr Assistent Hussein Hanoun einhundert Tage in Irak in Geiselhaft. Die Hintergründe liegen weiter im Dunkeln.

»Einhundert Tage ohne sie« – unter diesem Motto hat ein französisch-arabisches Solidaritätskomitee für heute Aktionen vorbereitet, um an die Entführung der französischen Journalistin Florence Aubenas (43) und ihres irakischen Assistenten Hussein Hanoun (45) zu erinnern. Den ganzen Tag wird Christian Chesnot, der im vergangenen Jahr zusammen mit seinem Kollegen Georges Malbrunot vier Monate in Irak in Geiselhaft war, in einem Radiospot zu hören sein. Ein Kurzfilm, in dem Freunde und Künstler über die Entführten sprechen, wird sowohl im französischen als auch im arabischen Fernsehen ausgestrahlt. 100 000 Luftballons sollen landesweit aufsteigen, in der Pariser Metro und an öffentlichen Gebäuden hängen Fotos der beiden.

Medien-Solidarität

»Reporter ohne Grenzen« hat zu einer Kampagne für die im Irak entführten Journalisten aufgerufen. Dieser Tage wurde in Brüssel bereits ein Schreiben an EU-Parlamentspräsident Josep Borrel übergeben, das über 100 europäische Chefredakteure unterzeichnet haben, darunter ND-Chefredakteur Jürgen Reents. »Es gibt keine Freiheit ohne die Freiheit, die Öffentlichkeit zu informieren, überall und zu jedem Zeitpunkt«, heißt es in dem Statement. Alle EU-Staaten und Institutionen werden aufgeru-

fen, ihre Bemühungen für die Entführten zu verstärken und Pressefreiheit als Grundlage für Demokratie aktiv zu verteidigen. Zudem ruft »Reporter ohne Grenzen« die Medien auf, gemeinsam über konkrete Maßnahmen für den Schutz von Journalisten in Krisen- und Kriegsgebieten nachzudenken. »Sicherheit hat ihren Preis. Nicht alle Medien können für diese Kosten aufkommen. Daher gilt es, Kooperationen und den Zusammenschluss von Ressourcen zu erwägen, um Journalisten mehr Sicherheit zu ermöglichen.«

Am 5. Januar 2005 waren Aubenas und Hanoun vom Al Mansour Hotel in Bagdad aufgebrochen. Aubenas, die seit 1986 für die Zeitung »Libération« arbeitet, berichtete über Frauen im irakischen Wahlkampf und das Leben der Flüchtlinge aus der zerstörten Stadt Falludscha. Täglich habe sie Kontakt zur

Redaktion gehabt, so Chefredakteur Serge Joly, doch an diesem Tag meldete sie sich nicht. Als die Redaktion in Paris auch am nächsten Tag keine Nachricht erhielt, meldete man sie als vermisst. Kurz darauf wurde die Nachricht vom französischen Außenministerium und der irakischen Polizei bestätigt.

Die französische Verteidigungsministerin Michele Alliot-Marie erklärte, französische Journalisten sollten nicht mehr in den Irak fahren, das sei eine Sache des »gesunden Menschenverstandes«. »Reporter ohne Grenzen« äußerte sich besorgt: »Der Irak ist weltweit das gefährlichste Gebiet für Journalisten.« Seit Kriegsbeginn im März 2003 sind nach Angaben der Organisation 51 Journalisten getötet und elf entführt worden. Gleichwohl sei es unerlässlich, dass ausländische Medien weiter von dort berichteten.

Eine Videobotschaft, in der drei Vermummte wenige Tage später erklärten, Aubenas und Hanoun seien bei guter Gesundheit, wurde weder bestätigt noch dementiert. Radio France und arte France stoppten daraufhin Reporter, die bereits auf dem Weg in den Irak waren. Arabische Journalisten, französische Muslime und Europaparlamentarier gründeten Unterstützungskomitees. Literaturnobelpreisträger – unter ihnen die Österreicherin Elfriede Jelinek – forderten »diejeni-



Fotos der Entführten am Platz der Republik in Paris

Foto: dpa/Hoslet

gen, die die Macht haben, sie freizulassen« auf, das zu tun.

Doch nichts bewegte sich. Selbst ein Appell im arabischen Fernsehen blieb erfolglos. Statt dessen wurde am 4. Februar auch die italienische Journalistin Giuliana Sgrena entführt. Anfang März erschien eine erste Videobotschaft von Florence Aubenas, Erschöpfung und Verzweiflung waren ihr anzusehen. Wieder fehlte ein Hinweis auf die Entführer. Sgrena kam

frei, doch der Preis war hoch. Der italienische Geheimdienstmann Nicola Calipari wurde auf dem Weg zum Bagdader Flughafen von USA-Soldaten erschossen. Und die Entführungen nehmen kein Ende. Am 28. März wurden drei rumänische Journalisten verschleppt – die Reporterin Mari Jeanne Ion, ihr Kameramann Sorin Dumitru Miscosier sowie Eduard Ovidiu Ohanesian von der Zeitung »Romania Libera«. Auch ihrer wird heute gedacht.

Neues Deutschland

Herausgegeben von Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH
Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin

Telefon-Einwahl: (030) 293 90-... Auskunfts -5, Fax: -600

Internet: www.neues-deutschland.de

E-Mail: redaktion@nd-online.de

Aboservice: -800, Fax: -630, aboservice@nd-online.de
Anzeigen Geschäftskunden: -641, Fax: -640, anzeigen@nd-online.de
Private Kleinanzeigen: -652, Fax: -651, privatanzeigen@nd-online.de

Geschäftsführer und Verlagsleiter: Dr. Dietmar Bartsch -611, Fax: -610; Chefredakteur: Jürgen Reents (V.i.S.d.P.) -711, Fax: -710; Stellvert. Chefredakteure: Wolfgang Hübner (verantwortl. für Tagesthema und Seite 3) -713; Gabriele Oertel (Leitung Ressort Inland) -751; Chef vom Dienst: Reinhard Götzke -712; Redaktionssekretär: Peter Kollwe -714;

Ressortleiter: Ausland: Olaf Standke -731; Inland (Politik, Wirtschaft & Soziales): Gabriele Oertel -751; Feuilleton: Hanno Harnisch -761; Berlin und Brandenburg: Karin Nölte -741; Sport/Service/Leserbriefe: Michael Müller -726 (Direktkontakt Leserbriefe: -724); Gestaltung/Herstellung: Wolfgang Wegener -821;

Vertrieb: Olaf Koppe (Leitung) -621; Anzeigen Geschäftskunden: Dr. Friedrun Hardt (verantwortlich) -641, Sabine Fielow -841, Sabine Weigelt -842;

Marketing: Dr. Irene Kohlmetz (Leitung) -612, Fax: -650; Leserreisen: Ursula Pätzelt -620; Bücherservice: Manfred Ibold -766; Videoservice: Vera Teller -654.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und andere Zusendungen. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1. Mai 2004.

Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG, Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG, Tel.: (030) 284930 oder www.presse-monitor.de

Bankkonto: Berliner Bank, Konto-Nr. 588 000 3400, Bankleitzahl 100 200 00, Monatl. Abonnementpreis (inkl. MwSt. und Zustellgebühr) 20,30 €, alte Bundesländer zzgl. 0,12 € Versandkosten pro Tag, Ermäßigtes Abo 13,50 €, Soli-Abo I 23,00 € (Versandkosten alte Bl. pro Tag 0,12 €), Soli-Abo II 30,00 €, Teilabos auf Anfrage, Rechnungsversandkosten 1 €. Das Abo kann bis spätestens drei Wochen vor Ablauf des Inkassozeitraums gekündigt werden (Poststempel). Bei Nichtzustellung ohne Verschulden des Verlags oder bei höherer Gewalt bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Druck: Druckhaus Schöneeweide GmbH, Ballinstraße 15, 12359 Berlin 1 2 3 4 5